

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Preis: 1 Pf. 20. Einzelhefte 1 Pf. 20. Abonnement: 12 Hefen 12 Pf. 20. (Postgebühren inbegriffen). Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Kriegsgewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die einseitige Zelle ober deren Raum 16 Pf., die Restzelle 48 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Kriegsgewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung. Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

240 | Altensteig, Donnerstag den 13. Oktober 1933 | 55. Jahrgang

Die Kanzlerrede in München

München, 12. Okt. Reichskanzler v. Papen hielt am Mittwoch vor den Vertretern der bayerischen Gesamtwirtschaft eine bedeutsame programmatische Rede, die über alle deutschen Sonderbedürfnisse sprach.

Der Kanzler betonte, er habe durch seinen, dem bayerischen Staate zeltenden Besuch beweisen wollen, wie fest er durchdrungen sei von der Notwendigkeit der gleichen Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtstaates. Auch das Reichskabinett solle nicht einseitig den deutschen Norden wieder. Es bestehe fast zur Hälfte aus Süddeutschen.

Die Höhe des Reiches in seiner Weltstellung wieder zum Ausdruck zu bringen, habe der Kanzler dort, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Gerade weil wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung. Ohne die Erfüllung dieser Forderung wird die Mitte unseres Erbteils stets ein Herd der Unruhe bleiben. Unser Ziel ist ein neues, friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertraut wir 1918 die Waffen aus der Hand legen. Erst wenn die Völker unseres Kulturkreises in einem solchen Europa brüderlich nebeneinander leben, dann werden die Grundlagen vorhanden sein für das wahre wirtschaftliche und politische Vertrauen.

Zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erklärte der Kanzler, daß kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit in ihrem grundsätzlichen Teil so umfassenden Widerhall bei der Wirtschaft gefunden habe. Der Erfolg auch des Wirtschaftsprogramms sei Vertrauen zu schaffen, und er glaube, daß der Antragsersfolg nicht ausgeblieben ist. In sich bereits in einem Ausmaße eingeleitet hat, der für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Wenn Hitler erklärt habe, das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung könne bereits jetzt als erledigt gelten, so sprächen die Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes ausreichend und deutlich überzeugend gegen diese Behauptung!

Aber auch in einem anderen Punkte habe die wirtschaftliche Entwicklung der Reichsregierung Recht gegeben. Die ärmere Bevölkerung der wehrwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten hat angehalten. So haben sich vor allem die Rohstoffpreise weiter behauptet. Auch sonst dauert die erkennbare wirtschaftliche Besserung an. Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Trotzdem seien Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Volkswirtschaft, wie das Reichskabinett sie für unvermeidlich erachtet habe, notwendig gewesen. Es gebe ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich für einen fähbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt zu sorgen. Wir können nur hoffen, sagte der Kanzler, daß die kommende Wirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungsbarrieren, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird.

Gegenüber der starken Kritik an dem sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms betonte der Kanzler, er habe nur das eine Ziel: möglichst viel Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitstätigkeiten zu verschaffen und der bisherige Erfolg des Wirtschaftsprogramms habe ihm darin Recht gegeben. Für den Winter hoffe sie, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungslöhne erhöhen zu können. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsanstalten bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegte, gelockert werden. Es sei auch beabsichtigt, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles der früher abgebauten Leistungen zunächst in beschränktem Umfang freiwillige Mehrleistungen zuzulassen. Die Reichsregierung wolle ferner, ob für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung freiwilliger Mehrleistungen erleichtert werden kann.

Vorbedingung für eine dauernde Gesundung der Wirtschaft sei auch ein

Umbau der Verfassung des Deutschen Reiches.

An den großen Grundgesetzen in Teil 2 der Weimarer Verfassung, betonte der Kanzler, soll man nicht rütteln; aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängig von den Parteien gestellt, ihr Bestand darf nicht Zukunftsmehrheiten ausgeliefert sein. Als Gegengewicht gegen eine einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschäfte des Reichstages bedarf Deutschland einer besonderen ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in enger Einvernehmung mit den Ländern durchzuführen. Die schließlich geworbenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Die Reichsregie-

rung leidet jede Währungsreform, die eine Verjüngung vordringlich bedeutet. Das Schwerkgewicht der Reform muß in der Befestigung des allgemein bekannsten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. Dieses Ziel wird durch die Zusammenziehung der wichtigsten Organe des Reiches und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang hiermit wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayerischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung besetzte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden. Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertig stellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist!

Der Kanzler kam dann auf den „Anspruch d. Z.“ zu sprechen und sagte: Jener Tag sollte der Sonne alle wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefördert, erhofft hatte. Es galt die große und verdienstvolle Bewegung der Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reich einzuliefern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden. So ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Verantwortung der Verantwortung ferngehalten. Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und Preußen, der den entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er als Führer einer Bewegung, die sich auf 239 parlamentarische Mandate stützte, den Kanzlerposten beanspruchte zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Ausschließlichkeit“ heraus, dem seine Partei baldigt. Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, wenn die NSDAP heute behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gehabt, sondern sie sei bereit gewesen, noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zustandnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Es ist bekannt, daß der Reichspräsident, dem allein die Verurteilung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat.

Eine persönliche Abneigung etwa gegenüber dem Führer der Bewegung kann gar nicht in Frage kommen — denn der Reichspräsident steht tumbod über solchen Erwägungen. — Es sind ausschließlich prinzipielle Beweggründe gewesen, die das Urteil des Staatsoberhauptes geformt haben. Der nationalsozialistische Grundgedanke der „Ausschließlichkeit“, des politischen „Alles oder nichts“, ist maßvoller Reflexionsglaube an den vorwegwärtigen Führer als dem einzigen zur Leitung der Geschichte Berufenen abgelehnt worden.

Und eben darin liegt die unüberbrückbare Unterchied zwischen einer konjunktiven Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik. Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Höhe geschrien hat, verlangt die Nation, daß diese Bewegung in jedem Augenblicke so handelt, als ob sie das nationale, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden. Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast anarnde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mißlieblos verachten, wie es Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentarismus so unterwerfen, daß man mit dem Volkswort Resolutionen gegen eine nationale Regierung beschließt.

Das Schauspiel der Reichsversammlung vom 12. September ist der beste Beweis für den falschen Weg, auf dem eine nationale Bewegung sich begeben hat. An der Wiedererweckung des nationalen Gedankens haben doch auch andere gearbeitet. Im Interesse des Volksganges können wir den Nachspruch von Parteien ab, die ihre Anhänger sich mit Leib und Seele verschreiben wollen, und die sich als Partei oder Bewegung an die Stelle der deutschen Nation setzen wollen. Alle diese Schranken der Parteien und Klassen müssen fallen. Das deutsche Volk weiß besser darüber zu urteilen, was die Ehre und Würde der deutschen Nation verlangt, als ein Teil seiner Abgeordneten; es wird, dessen bin ich sicher, die leeren Deklamationen einer verbohnten Parteibürokratie mit der Nichtachtung behandeln, die ihnen gebührt. Deshalb sage ich: Wenn jemals eine nationale Bewegung eine Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reich bei seinem Kampfe um die Herstellung der Souveränität und um die Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und nehmlos hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes.

Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Dies Ziel bleibt unverändert bestehen. Nichts kann das Vertrauen, in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als die Unfähigkeit der politischen Verbände, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Parteien und abhängig von jeder Strömung.

Diese Art der Staatsführung durch Parteienrhythmetik ist im Urteil des Volkes erledigt. Die Reichsregierung ist entschlossen,

den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht, und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon übliche Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird. Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Mit dem Deutschlandlied sang die Kundgebung aus.

Eindruck der Kanzlerrede in München

München, 12. Aug. Wohl selten hat ein Reichskanzler in München eine so außerordentlich starke Zustimmung bei einer Rede gefunden, wie sie Reichskanzler von Papen bei seiner programmatischen Darlegung vor bayerischen Wirtschaftsverbänden zu verzeichnen hatte. Besondere Zustimmung fanden während der Rede die Hinweise des Kanzlers auf die Verbundenheit des Reiches und seiner Länder und auf die Heiligkeit und Unantastbarkeit der deutschen Einheit. Zu minutenlangen klärenden Kundgebungen, in denen die Versammelten mit Handklatschen und Jaufen ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten, kam es, als der Kanzler die Frage aufwarf, ob es nicht ein Verbrechen sei, die Aufbaupolitik der Reichsregierung aus armenigen Parteirücksichten heraus zu sabotieren, ebenso bei seiner Ankündigung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, mit drakonischer Schärfe gegen solche Störungversuche einzuschreiten. Stürmischer Handklatschen und immer wieder erneuerte Kundgebungen der Zustimmung unterbrachen dann namentlich auch die Rede des Reichskanzlers über das Wirken des Reichspräsidenten.

Blätterstimmen zur Kanzlerrede

Berlin, 13. Oktober. Die Mehrzahl der Morgenblätter beschäftigt sich in ausführlichen Artikeln mit der Münchener Rede des Reichskanzlers. Vor allem gehen die Zeitungen auf die Ausführungen über die Reichsreform ein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß die Regierung ihre sehr großen Pläne ohne den geschlossenen Willen der Nation nicht durchzuführen vermöge und nennt es deshalb erfreulich, daß der Kanzler ausdrücklich betont habe, sein Ziel sei nach wie vor die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte.

Die „Vorzeitung“ unterstreicht den Gehaltengang, die Geschichte des Vaterlandes von dem parlamentarischen System und der Parteibürokratie zu lösen.

Der „Tag“ spricht von einem Programm der Tat. Die Rede sei eine kraft- und wirkungsvoll vorgetragene Zwischenbilanz der Regierung über ihre bisherigen Leistungen mit einer Fortdauer über die Pläne der kommenden Regierungstätigkeit. Der neue Reichstag werde in den Reformplänen den Vorstoß für seine Existenzberechtigung finden.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Was nützt das?“, was der Kanzler über die Grundlinien des Reformplanes gesagt habe, klinge präzis und sei verschwommen. Es scheine eindeutig und sei es nicht. Die Beforgnis, daß die Regierung sich reaktionären Plänen willfährig zeigen werde, sei alles eher als zerstreut worden.

Die „Germania“ wertet die Rede als einen Aufstoß zum Wahlkampf, wenn auch die großen Umrisse der Verfassungspläne deutlich hervorgetreten seien, bleibe doch vieles ungeklärt. Was sei unter dem Begriff der „richtigen Verbindung mit dem Volke“ zu verstehen? An diesem entscheidenden Punkt bleibe der Kanzler leider in einem undurchdringlichen Dunkel stehen.

Kanzlerbesuch auch in Stuttgart und Karlsruhe?

Stuttgart, 12. Okt. Das „Deutsche Volksblatt“ bemerkt zu einer Meldung aus Berlin im „Schwäbischen Merkur“, die besagt, daß weitere Besuche des Reichskanzlers außer in München bei anderen Ländern, etwa in Württemberg, Baden, Hessen oder Sachsen nicht vorgesehen seien: Wir glauben zu wissen, daß Reichskanzler von Papen Mitte November der württembergischen und badischen Regierung einen offiziellen Besuch abstatten wird.

Preußen gegen Reich

Leipzig, 12. Okt. In der Reihe der Staatsrechtslehrer behandelte der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, Professor Rowasky-München eingehend die Rechte und Pflichten der Länder. Es wird die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, wenn das Reich den Artikel 48 Abs. 1 der Reichsverfassung anwenden, d. h. die Reichsexekution gegen ein Land durchführen wolle. Dazu äußerte sich zuerst das Mitglied der preussischen Vertretung, der bekannte Verfassungskommentar Professor Reichshagen-Heidelberg. Er sagte u. a.: Die Weimarer Verfassung ist nicht so anzulegen, wie wenn die jeweilige politische Lage es fordere, sondern wie sie gemeint ist. Zu Artikel 48 Abs. 1 betonte Anshüh, Voraussetzung einer Reichsexekution sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bzw. den Reichsgesetzen verlehrt habe. Die Klage Tatsache der Andersartigkeit der inneren Politik eines Landes zu der des Reiches könne niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung erfüllen. Wir sind nun einmal Bundesstaat und haben damit das Selbstbestimmungsrecht der Länder. Das ist von der Reichsverfassung nicht ausgenommen. Wenn ich auch mit Professor Bilsinger einig bin, daß der Verordnungsparlamentarismus häufig zu Mißbräuchen geführt hat, so will doch die Reichsverfassung nicht nur den Bundesstaat, sondern die parlamentarische Demokratie. Dann muß sie auch gewisse Schattenseiten

dieser Einrichtung wollen. Wenn die Schattenseiten offenbar werden, darf man nicht sagen, daß das eine Widerrechtlichkeit sei, die die Reichsregierung erfordere. Anschließt unterfuchte dann die Frage, ob die Verletzung der Pflichten eines Landes nicht eine Ermessenfrage des Reichspräsidenten sei und der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen wäre. Sollte diese Frage auftauchen, dann erkläre er: Der Staatsgerichtshof kann und darf der Entscheidung und Verantwortung über die bestimmte Frage, ob im vorliegenden Falle das Land Preußen sich einer Verletzung der ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten habe zuschulden kommen lassen, nicht ausweichen. In der Tat, daß gegen Preußen ohne vorherige Mitteilung vorgegangen sei, liegt ein so erheblicher Verfahrensmangel, daß daraus der Gerichtshof zur Zurückweisung der Verordnung kommen müßte.

Professor Dr. Karl Schmitt verdrückte sich in seiner Erwiderung auf die Ausführungen Anshütz über den Begriff „Ezefution“, Ezefution und Ausnahmezustand könnten kaum unterschieden werden.

Professor Heller legte die Voraussetzungen für eine Ezefution auseinander. Professor Peters äußerte sich zu den Pflichten der Länder gegenüber dem Reich. Professor Giese Frankfurt betonte die Notwendigkeit des Vorliegens des Verfalls als Tatbestandsvoraussetzung.

Um Artikel 48

Veitpig, 12. Okt. In dem Verfassungsverfahren zwischen den Ländern Preußen, Bayern, Baden und dem Reich wurde am Mittwoch vormittag die Erörterung darüber fortgesetzt, unter welchen Voraussetzungen das Reich berechtigt sei, nach Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung gegen ein Land vorzugehen, d. h. die Reichsregierung durchzuführen.

Vorher erklärte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, es sei ihm ein Eilbrief des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zugegangen, in dem zum Ausdruck gebracht werde, daß Braun die Behauptung, er habe sich bedrückt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen, als unrichtig zurückweise.

Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner erklärte dazu u. a.: Ministerpräsident Dr. Braun sagt in dem Brief, er habe sich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung seiner vollen Bezüge erkundigt oder darum erkundigt. Das habe ich nicht behauptet. Ich habe nur erklärt, daß er sich an zuständiger Stelle nach der Regelung seiner Bezüge erkundigt habe und diese Behauptung halte ich aufrecht. Ministerpräsident Dr. Braun habe einem Beamten des der Leitung der Reichsregierung unterstellten Staatsministeriums gegenüber den Wunsch ausgesprochen, er möge Klarheit darüber haben, wie es denn nun mit seinen Bezügen wäre. Darauf ist es ihm mit Schreiben vom 8. August d. J. unter Bezugnahme auf die mit dem Beamten des Staatsministeriums geführte Unterredung in vollem Umfange dargelegt worden, wie seine Bezüge in Zukunft geregelt sind. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die gesamten bisherigen Bezüge weitergezahlt werden. Ministerpräsident Dr. Braun hat den Eingang des Briefes telefonisch bestätigt. Wenn ich gesagt habe, daß er bei dieser Unterredung seiner Befriedigung über diese Regelung Ausdruck gegeben, so beruhte diese Angabe auf einer Mitteilung, die mir aus dem Staatsministerium geworden war. Ich habe auf Grund einer Erklärung, die die preußischen Vertreter hier abgegeben haben, nochmals Erkundigungen in dieser Richtung ange stellt und die Auskunft erhalten, daß der betreffende Beamte sich des genauen Wortlauts der mit dem Ministerpräsidenten geführten Unterredung nicht mehr entsinnen könne. (Hau-Rufe bei der preußischen Vertretung.) Unter diesen Umständen will ich die Behauptung nicht weiter aufrecht erhalten.

Bei Beginn der Nachmittagsitzung erwähnte Dr. Bumke die Verhandlungsparteien, das Verfahren etwas knapper zu halten als bisher.

Die Verhandlung wandte sich dann der Frage der Befugnisse zu, die Artikel 48 dem Reichspräsidenten gibt. Hierzu äußerte sich zuerst der preußische Vertreter Dr. Brecht. Eine Landesregierung könne nur beiseitegeschoben, nicht aber entfernt werden. Nur so weit könne die Gewalt gehen, daß eine Ersatzvornahme für die Landesregierung erfolge, aber nicht eine neue Landesregierung selbst bestimmt werde. Insbesondere könne er unter keinen Umständen Beamtenernennungen und -entlassungen vornehmen.

Für Bayern führte Johann Staatrat von Jan aus, daß die Länder beanspruchen können, mit allen wesentlichen Merkmalen weiterhin erhalten zu bleiben, daß sie Subjekte des Staatslebens bleiben und nicht zu Objekten gemacht werden. Vor allem bliebe die Landesregierung nicht abgesetzt werden. Weiter dürfe die Mitwirkung im Reichsrat nicht behindert werden.

Auf einige weitere Fragen des Vorsitzenden Dr. Bumke zur Aufklärung über die Tragweite des klägerischen Antrages ergänzte Dr. Brecht seine Ausführungen dahin, daß der Reichspräsident eine Landesregierung erschießen, aber nicht rechtlich ablegen könne.

Die Entlassung „Oskar Daubmanns“

Karlsruhe, 12. Okt. In einer Pressebesprechung machte Regierungsrat Ramsperger vom Landespolizeiamt Mitteilungen über die Entlassung des Schwablers „Daubmann“. Verschiedene Anzeichen, erklärte er, sprachen dafür, daß nicht alle Angaben „Daubmanns“ stimmten. Im Laufe der Zeit meldeten sich immer mehr Leute, die den angeblichen „Daubmann“ in der Fremdenlegation beim in Afrika gesehen haben wollten. Es wurde daraufhin beschlossen, am Montag „Daubmann“ erneut zu vernehmen. Er wollte zunächst keine Angaben machen und verließ sich wiederum hinter den italienischen Dampfer, den er nicht nennen wollte, um sein Wort nicht zu brechen. Es erfolgte dann eine Gegenüberstellung mit einem Manne namens Krüger aus Essen, der Daubmann in der Fremdenlegation gesehen haben wollte. Als Krüger das Zimmer betrat, fiel auf, daß „Daubmann“ den Mann fast ansah: „Den Mann kenne ich nicht“. „Daubmann“ war ersichtlich unangenehm, daß man jeder seiner Bemerkungen nachging. Der angebliche Bajonettschlag hat sich als eine ganz gewöhnliche Maanoperation herausgestellt. Auf Grund der Fingerabdrücke, sagt Regierungsrat Ramsperger fort, ist es dann am anderen Tage gelungen, festzustellen, daß es sich nicht um Daubmann, sondern um den Schneider Karl Ignaz Hummel handelt. Das steht mit unumstößlicher Sicherheit fest. Hummel ist am 9. März 1899 in Oberst im Kantone Basel geboren und war in Hofweiler bei Offenburg anässig.

Regierungsrat Ramsperger hat schließlich „Daubmann“ auf den Kopf zugelaugt: „Guten Tag, Herr Hummel“. Hummel leug-

nete zunächst hartnäckig, bis er sich doch zu einem Geständnis bequeme. Es ergab sich weiterhin, daß Hummel in Offenburg verhaftet ist und schon seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebt. Hummel gab zu, daß er 1909 und 1910 in Emdingen die Volksschule besuchte und dort mit Oskar Daubmann zusammenkam, mit dem er befreundet war. Hummel wußte auch, daß Daubmann im Weltkrieg gefallen ist. Hummel ist nie in Afrika gewesen.

Hummel betrieb nach seinen Angaben von 1930 bis zum Mai 1932 in Offenburg ein eigenes Geschäft. Als dieses nicht mehr ging, setzte er sich auf ein Fahrrad und fuhr nach Neapel. Dort ging das Fahrrad zugrunde und Hummel kam auf die Idee, jetzt die Geschichte mit Afrika zu erzählen, um durch Vermittlung des Konsulats kostenfrei in die Heimat zu kommen. Hummel ist nie in Afrika gewesen. Er hat beim Infanterieregiment Nr. 110 in Mannheim gedient und war im Jahre 1918 in Freiburg am Magen operiert worden. Hummel erklärte, er hätte ursprünglich die Absicht gehabt, sobald er in Deutschland wäre, unermittelt zu verschwinden. Als er aber erlebte, wie feierlich er empfangen, von einem zum anderen Empfang geschleppt und wie er von Zeitungsreportern überlaufen wurde, habe er sich anders besonnen. Und so ist er in eine Heldenrolle hineingeraten, ohne daß er daran eigentlich eine Schuld trage. Man sei später wiederholt an ihn herantreten, auch Vorträge zu halten, die man ihm aufgeschrieben hat und die er auswendig lernen mußte. Hummel erklärt dazu: „Mir war die Sache schon gar zu dünn. Ich wußte aber nicht, wie ich aus der Geschichte herauskommen sollte. Heute früh dachte ich: Heute geht's schief!“ Seine Kenntnis von Afrika hatte Hummel, wie er angibt, aus Büchern und Ansichtskarten. Man dürfte wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die ganze Geschichte von langer Hand vorbereitet war.

Der Fall Daubmann

Freiburg, 13. Oktober. Wie die „Freiburger Tagespost“ berichtet, wird die badische Regierung dem Auswärtigen Amt einen eingehenden Bericht über die Entlassung des falschen Daubmann übergeben. Das Auswärtige Amt dürfte alsdann der französischen Regierung Mitteilung von dem Sachverhalt machen. Die Unterlagen für die Berichte des Schwablers sind wohl darin zu sehen, daß er wahrscheinlich in einem französischen Gefängnis in Afrika gesehen hat, aber schon im Jahre 1926 nach Deutschland zurückgeführt ist.

Gerücht über den Kronprinzen

Der frühere Kronprinz im Spiel?

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ in Berlin macht durch folgende Meldung Alarm:

Wir stellen unter Beweis, daß der Exkronprinz folgende Erklärung abgegeben hat: „Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Exkronprinz wählten, was sie wollten und seien sich einig. An einem geeigneten erscheinenden Zeitpunkt werde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, auf die aus dem Reich übergegangene Schutzpolizei und auf 400.000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht von Wittenberg sei mit ihnen einverstanden, und er werde an demselben Tage, an dem er, der Exkronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreiches treten.“ So der Exkronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen. Wir stellen, um es noch einmal zu wiederholen, unter Beweis, daß sich dieser Herr wiederholt im Gespräch mit politischen Persönlichkeiten in dieser Weise geäußert hat.“

Der „Vorwärts“ fragt, ob den Herren von Papen, von Schleicher und von Gaus die Absichten des Exkronprinzen bekannt seien, und wie sie sich dazu stellten.

Die falschen Behauptungen über eine Reichsverweserschaft des Kronprinzen

Berlin, 12. Okt. Zu den bereits von amtlicher Seite dementierten Behauptungen über Zeugnisse des früheren Kronprinzen, er sei sich mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister dahin einig geworden, daß er die Reichsverweserschaft übernehmen solle, wird von unterrichteter Seite angeführt der Tatsache, daß die Behauptungen trotz des Dementis in politischen Kreisen weiter erdrtet werden, erneut mit Nachdruck erklärt, daß es sich dabei um eine unverantwortliche Sensationsmacherei handelt. Im übrigen hat bereits am Sonntagabend eine instabile Abendzeitung in München die gleichen Behauptungen erhoben. Auch von einer Seite, die dem früheren Kronprinzen nahesteht, werden die genannten Behauptungen als Unfug und Wahlwache bezeichnet.

Neues vom Sage

Der Reichsaußenminister geht nicht nach Genf

Genf, 12. Okt. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, in verbindlichen Worten geantwortet, daß die Reichsregierung inzwischen eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London erhalten und offiziell angenommen habe. Unter diesen Umständen sei es dem Reichsaußenminister nicht möglich, anderweitig zu disponieren.

Büro der Abrüstungskonferenz tritt zusammen

Genf, 12. Okt. Der Präsident der Abrüstungskonferenz wird am Donnerstag einen Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Büros der Abrüstungskonferenz über den Stand der Arbeiten und ihre Fortführung haben. Die französische Delegation hat Henderson bekanntgegeben, daß sie mit der Ausarbeitung eines Planes beschäftigt sei, der nach ihrer Meinung die Arbeit der Konferenz erleichtern werde. Dieser Plan könne jedoch nach Ansicht der französischen Delegation nicht vor 14 Tagen vorgelegt werden.

Herriot nach London abgereist

Paris, 12. Okt. Ministerpräsident Herriot ist am Mittwoch nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs nach London abgereist.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 13. Oktober 1932.

Schwäbische Kirchweih. Am dritten Oktobersonntag ist allgemeine Kirchweihfeier in Schwaben. Da geht es hoch her. Mehrere Tage zuvor wird eine stattliche Zahl dünner und dicker Kuchen gebacken. Da gibt es neben dem eigentlichen Kirchweihbrot auch Rapfen und Hugelbrot. Als Festessen wird Kesselsuppe oder Rodelsuppe mit Rindfleisch gereicht. Der Garten liefert dazu Rote Rüben und Sauerkraut. In Oberschwaben gibt es Kirdebier, den sogenannten Kirchweihbod. Am Kirchweihtag ist Kirbetanz. Wenn es zu maßlos hergeht, wird sie zur verächtlichen „Sauf-, Fress- oder Saukirbe“. Kein Wunder, wenn weltliche und geistliche Obern in früheren Jahrhunderten eigene Kirchweihordnungen aufstellten. Mit dem Kirchweihsonntag ist an manchen Orten der Kirchweihmarkt, schwäbisch „Kirbemarkt“ genannt, verbunden.

Sonntagsrückfahrkarten über Allerheiligen. Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Am den Besuch auswärtiger Grabstätten über Allerheiligen zu ermäßigten Fahrpreisen und auch auf größere Entfernungen zu ermöglichen, wird die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten für den letzten Oktobersonntag in diesem Jahr ausgedehnt. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten: zur Hinfahrt vom Samstag, 29. Oktober 12 Uhr bis Dienstag, 1. November; zur Rückfahrt vom Samstag, 29. Oktober bis Mittwoch, 2. November 12 Uhr. Die Rückfahrt muß am Mittwoch, 2. November auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr, von Unterwegsbahnhöfen mit einem Zug angetreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr verläßt.

Spielberg, 13. Oktober. (Brand.) Heute Nacht brannte das Anwesen des Christian Kienzle, Landwirt (Fritz Sohn), bis auf den Grund nieder. Die Nebengebäude standen in großer Gefahr und nur dem tatkräftigen und zielbewußten Eingreifen der Spielberger Wehr und der Ragolder Motorspritze gelang es, diese Häuser zu retten. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Das Feuer soll durch Kurzschluss entstanden sein. Gegen 1 Uhr nachts wurde das Feuer bemerkt, das sich auf der Bühne entzündet hatte und sich so rasch verbreitete, daß die Bewohner unter Zurücklassung ihrer ganzen Habe, zum Teil sogar barfuß, aus dem Haus flüchten mußten. Um 5 Uhr morgens fiel das Haus in sich zusammen. Das Vieh konnte, bis auf eine Kuh, die infolge Raucherergiftung verendete, gerettet werden. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Walldorf, 13. Oktober. (Trauerfeier.) Für den so rasch aus dem Leben gerufenen Hauptlehrer Otto Grünbauer fand gestern nachmittag in unserer Kirche unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eine Trauerfeier statt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Bezirkslehrergesangverein mit dem Lied „Was Gott tut, das ist wohlgetan“ die Feier einleitete. Herzliche Worte des Gedenkens an den Entschlafenen sprach der Ortsgeistliche, Hauptlehrer Wolff-Jelschhausen als Vorsitzender des Bezirkslehrervereins sprach für den Bezirkslehrerverein sowie im Auftrag des württembergischen Lehrervereins, dem Otto Grünbauer seit seiner Ueberführung aus Bayern angehörte. Der hiesige Gesangverein würdigte mit dem Lied „Brüder reißt die Hand zum Bunde“ die große Sympathie, die der Verstorbenen als Dirigent sowie auch persönlich allseits genossen hatte. Der Vorstand des Gesangvereins, H. Brenner, brachte dies auch anschließend in einer kurzen Ansprache zum Ausdruck. Weiter sprach Hauptlehrer Kunl von hier, der seine Worte fand für das harmonische Verhältnis, für seine Verdienste um die Schule und für die stets aufopfernde Hilfsbereitschaft des verstorbenen Kollegen. Schularzt Knöbeler-Ragold im Namen der Schulbehörde gedachte in herzlichen Worten des Toten, während dann noch Bürgermeister Kentschler und der Vorstand des Kriegervereins, Heinrich Walz, bewegte Worte der Erinnerung zum Ausdruck brachten. Die sehr erhebende Feier wurde von zwei weiteren Liedern des Bezirkslehrervereins stimmungsvoll umrahmt.

Kö. Ragold, 12. Oktober. (300 Arbeitsdienstwillige in Lager untergebracht.) Für weitere 150-170 Mann Lager in Vorbereitung.) Wir haben im Arbeitsamtsbezirk Ragold heute nicht weniger als 13 Arbeitslager, und zwar in Ragold, Herrenberg, Oberndorf, Unterjesingen, Wildberg. In diesen sind rund 300 junge Leute im Alter von 18-25 Jahren untergebracht. Weitere fünf bis sieben Lager sind in Vorbereitung, in denen nochmals 150-170 Mann Arbeit finden können. Als neu ist zu vermelden, daß die Lager in Sulz und Gillingen nach zwanzigwöchiger Arbeitszeit ihre Pforten geschlossen haben. Die zuerst 50 und später 35 Mann haben bei durch die Umwelter am Pfingstmontag notwendig gewordenen Aufräumungsarbeiten heroisches geleistet. Die gesamten Kosten beliefen sich auf ungefähr 12.000 Mark. Als neue Lager sind folgende zu nennen: Erdbach O.A. Freudenstadt. Hier arbeiten seit dem 30. September dreißig Mann an der Entwürfung. Die Arbeit wird bis 30. November dauern und erfordert anfangsgemäß 6450 M. Am 24. Oktober treten weitere dreißig Mann in Bellingen O.A. Nord an. Die Anregung des Arbeitsamtes Ragold, auch für arbeitslose Mädchen auf dieser Grundlage Arbeit zu beschaffen, hat allenthalben freudigen Widerhall gefunden und man kann nunmehr in Ragold selbst bereits von einem positiven Ergebnis sprechen. Ab 1. November werden hier fünfzehn Mädchen im freiwilligen Arbeitsdienst zusammengeschäft werden. Trägerin ist die Stadt Ragold und Leiterin des Lagers eine Gewerbelehrerin, der während der Arbeits- und Freizeit die Ueberwachung und Betreuung der Mädchen obliegt. Als vorläufige Unterbringung ist ein Saal in der Kinderschule gedacht. Die Mädchen sollen vor allem in der Winterzeit beschäftigt werden und die Gemeindefrauen in ihrer Arbeit unterstützen. Aber auch die Reinigung und Instandhaltung der Wäsche der in den Arbeitsdienstwilligenlagern untergebrachten Männer soll von ihnen erledigt werden. Nebenbei ist ihnen noch Gelegenheit zum Erlernen des Kochens gegeben. Neben freier Verpflegung und Unterkunft und schließlich unter Stellung von Arbeitsführern und Arbeitsführern bekommen die Mädchen pro Tag 40 Pfennige ausgeschüttet. Sollte es in einem oder anderen Fall notwendig werden, daß die Mädchen zu Hause schlafen müs-

fen, so bekommen die Eltern einen besonderen Zuspruch. Es ist zu hoffen, daß dieser Weg, den Arbeitsamt und Stadtverwaltung Nagold in vorbildlicher Weise als erste beschritten haben, auch Anklang in den anderen Städten findet, denn in diesem Winter wird es wieder viel zu helfen und zu dienen geben.

Kö. Nagold, 12. Oktober. (Auto-Berg- und Talbahn.) Wenn man von Egenhausen nach Unterschwandorf fährt, macht die Straße eine scharfe „S“-Kurve. Sie sollte einem mit vier Personen besetzten Kraftwagen am Dienstagabend zum Verhängnis werden. Dieser Mercedes-Benz-Wagen kam nämlich aus bisher noch nicht bekannter Ursache von der Fahrbahn ab und versuchte links die etwas steile Böschung hinaufzuklettern. Da aber auch der Kraft solcher pompöser Wagen gewisse Grenzen gesetzt sind, machte er Recht marsch und fuhr auf der anderen Seite die Böschung herunter, zwischen den im Wege stehenden Bäumen schon fäulerlich hindurch, kollerte ein Stückchen und landete schließlich nach dreißig Meter schwierigen und ungewöhnlichen Weges ohne besondere Demolierung auf dem ca. fünfzehn Meter tiefer gelegenen Wiesengrund. Die vier Insassen kamen, mit Ausnahme eines Falles, mit weniger schweren Verletzungen davon. Sie wurden in das Bezirkskrankenhaus Nagold eingeliefert.

Huzenbach, 12. Oktober. (Gefährter Einbrecher.) Am 10. Oktober erschien abends der wegen Einbruchdiebstahls schwer vorbestrafte und von verschiedenen Behörden gesuchte, in Tablat St. Fiden, Ranton St. Gallen geborene ledige Schneider Wilhelm Schwarz in der Wirtschaft zur „Krone“ und ließ sich ein Viertel Liter Wein geben. Er spielte dabei den tränklichen Mann und hat für kurze Zeit um Ueberlassung eines Zimmers, um sich ein wenig auszurufen. Das vorgebrachte Unwohlsein war aber nur ein Mittel zum Zweck; denn bald hat sich der harmlose hinter Kästen und sonstige Behältnisse hergemacht und sie in diebischer Weise erbrochen, ohne aber etwas zu erbeuten, denn er hörte Schritte und befürchtete Überrascht zu werden. Der Einbruch wurde bald entdeckt und der Dieb konnte bei seiner Verfolgung durch einen Landjäger dingfest gemacht und in den Ortsarrest verbracht werden, wo er dann vergeblich auszubrechen versuchte.

Hiltstädt, 12. Oktober. Gestern nacht drang ein frecher Einbrecher in die Räume des hiesigen Rathauses ein. Mit einer Leiter drückte er am Nebenzimmer der Amtsräume ein Fenster ein. Von dort gelangte er in das Amtszimmer des Bürgermeisters, öffnete Schubladen und Schränke und durchstöberte sie in roher Weise. Offenbar hatte es der Eindringling auf Geldbeträge abgesehen, die er aber nicht vorfand. Das Landjägerkommando Herrenberg, das alsbald benachrichtigt wurde, stellte an der Art und Weise des Einbruchs und an Fingerabdrücken fest, daß es sich um denselben Täter wie in Koltringen handelt.

Wurmlingen, O.M. Rottenburg, 12. Oktober. (Nach 25 Jahren wiedergefunden.) Vor etwa 25 Jahren verlor der inzwischen verstorbene Gemeindefleher Stefan Brunnenmüller in seinem Hofspengarien ein Zehnmarsstück. Das Goldstück wurde tagelang vergebens gesucht. Letzte Woche hat nun durch Zufall eine Tochter des Brunnenmüller beim Ausgraben von Kartoffeln die Münze in tadellosem Zustande wieder gefunden.

Denkingen, O.M. Spaichingen, 12. Oktober. Abends wurde Amts- und Polizeidiener Feyer von einem aus Obernheim gebürtigen Fahrer, der ein steuerfreies Kraftfahrzeug lenkte, von hinten angefahren, zu Boden geschleudert und ziemlich stark verletzt, so daß Feyer eine Zeitlang bewußtlos liegen blieb und vom Plaque getragen werden mußte. Wie man hört, sollen die Verletzungen nicht lebensgefährlich sein.

Tübingen, 11. Oktober. (Verkehrsunfall.) Heute morgen kam ein hiesiger Lieferwagen auf der Staatsstraße nach Bebenhausen ins Schleudern, wobei sich das Auto überschlug. Der Lenker erlitt Verletzungen im Gesicht und mußte Hilfe in der chirurgischen Klinik suchen, während der Beifahrer unversehrt blieb.

Zimmenhausen, O.M. Tübingen, 11. Oktober. (Selbstmord.) Montagfrüh 7 Uhr wurde in einem Schuppen des Landwirts Georg Maier die Leiche des 21jährigen ledigen Jakob Grünwald mit Stranglirungsmerkmalen aufgefunden. Die Landjäger benachrichtigten, da sie Verdacht hatten, daß die Leiche von dritter Seite an den Fundort gebracht worden sein könnte, die Tübinger Staatsanwaltschaft. Oberstaatsanwalt Rilling rief seinerseits aus Stuttgart die Mordkommission unter Leitung von Kriminalrat Waizneger herbei, die nach ihrem Eintreffen umgehend die Untersuchungen aufnahm. Es erfolgten zunächst zwei Festnahmen, da Zweifel über die Art des Todes vorlagen. Nach den bisherigen Feststellungen liegt jedoch vermutlich Selbstmord vor.

Widelsberg O.M. Sulz, 12. Okt. (Aus Unvorsichtigkeit.) Abends beschäftigte sich der zirka 19 Jahre alte Wilhelm Bleibel mit einem Revolver. Dabei entlud sich die Waffe und der Schuß traf den jungen Mann ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Die Familie ist erst vor zwei Wochen durch den Tod einer 24jährigen Tochter in tiefes Leid versetzt worden.

Balingen, 12. Okt. (Wohnkämpf.) 200 Arbeiter der Firma C. F. Behr Radf. sind am Montag in den Streik getreten, weil die Firma einen Lohnabbau von 10 Prozent durchführen will, obwohl die Löhne bereits unter Tarif sind. Der Höchstlohn für einen gelernten Arbeiter beträgt jetzt 58 Pfennig pro Stunde.

Tailfingen O.M. Balingen, 12. Okt. (Von einem Hirschkopf verfehlt.) Sägewerksbesitzer Otto Ammann wurde, als er sein Bildgehege betrat, von dem dort untergebrachten, zur Zeit brünftigen Hirschkopf angefallen, zur Erde geworfen und mit dem Geweih an verschiedenen Stellen des Körpers verletzt. Arbeiter, die den Kampf bemerkten, kamen zu Hilfe und hielten den Hirschkopf mit starken Prügeln zurück.

Wesigheim, 12. Okt. (Fang von Siebenschläfern.) In der Kammgarnspinnerei Bietigheim gelang der seitene Fang von Siebenschläfern. Der Siebenschläfer ist ein Insekt, das an Obstbäumen wie die Wühlmaus beträchtlichen Schaden anrichtet. Er hat die Größe einer Haiekmotte. Zum Glück ist sein Vorkommen in unserer Gegend eine Seltenheit.

Heidenheim, 12. Okt. (Tödlicher Unfall.) Gestern mittag wollte Schreinermeister Schöllhorn Postur anmachen und stellte die Flasche in das Leimbad. Es scheint zu warm gewesen zu sein, denn als er die Flasche aus dem Leimbad nahm, fiel der Boden davon ab, wodurch sich die Flüssigkeit in das Feuer des Leimofens ergoß und Feuer fing, das auf Schöllhorn übergriff, so daß er sofort lichterloh brannte. Schöllhorn erlitt sehr schwere Brandwunden, denen er erliegen ist.

Vom bayerischen Allgäu, 12. Okt. (Eine Tragödie.) In der Wohnung des Schreinermeisters Höhle in Guggenmoos vergifteten sich der Kaiser Hubert Gögler von Kreffen und die Frau des Höhle. Höhle wurde am Sonntag abend von seiner Frau veranlaßt, einen Geschäftszug nach Kempfen zu machen. Als er am Montag früh zurückkam, entdeckte er die furchtbare Tat. Die Frau hinterläßt 2 Kinder im Alter von 3 und 7 Jahren.

Aus Baden

St. Georgen i. Schw., 12. Oktober. (Ein schmerzhafter Fall.) Ein hiesiger Dachdeckermeister rutschte auf dem Dach aus und griff dabei mit der Hand in einen mit kochendem Teer gefüllten Kessel. Er erlitt sehr schwere Verbrennungen an der Hand.

Württembergischer Landtag

Aussprache über die württembergischen Notverordnungen

Stuttgart, 12. Okt. Im Landtag wurde die große politische Aussprache fortgesetzt. Abg. Murr (NS.) wandte sich insbesondere gegen die Schlachtsteuer als eine der unsozialsten Steuern und begeherte die Hinausschiebung der Auszahlung der Beamtengehälter als einen Lrid. Unverantwortlich sei es, wenn heute noch so hohe Beamtengehälter bezahlt werden. Ueberall seien die nationalsozialistischen Minister mit der Herabsetzung der Ministergehälter vorangegangen. Dringend notwendig sei die Einziehung eines Rechnungshofes. Von der heutigen württembergischen Regierung seien radikale Maßnahmen allerdings kaum zu erwarten.

Finanzminister Dr. Dehlinger rechtfertigte die Einführung der Schlachtsteuer. Als Finanzminister habe er die Pflicht, alles zu tun, was notwendig sei, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Durch die Vorschläge des Abg. Murr würden sich höchstens Ersparnisse von zusammen 1 Million RM. ergeben. Dann würden aber immer noch 9 Millionen fehlen.

Abg. Gengler (Z.) lehnte sich für die Unterhütung der Gemeinden Schramberg, Lauterbach, Redersulm und Schweningen ein.

Abg. Wligger (Soz.) übte an der Ausgestaltung des Landtages scharfe Kritik. Bei der Regierung bestünde eine starke Keiligung, gegen den Landtag und ohne ihn zu regieren. Die Regierung sei nicht vorgelegte Behörde des Landtages, sondern sein geschäftsführender Ausschuss. Die Hinausschiebung des achten Schuljahres sei rechtlich unhaltbar. Als Wligger erklärte, daß die Nationalsozialisten von der Pöge leben, erhob sich bei diesen ein Sturm der Entrüstung.

Abg. Ulrich (Soz.), der dem Präsidenten Mergenthaler Parteitilichkeit vorwarf, wurde zum dritten und viertenmal zur Ordnung gerufen, nachdem er schon während der Rede des Abg. Murr zwei Ordnungsrufe erhalten hatte. Während dieser Rede war auch der kommunistische Abg. Haag dreimal, der sozialdemokratische Abg. Steinmayer einmal und der demokratische Abg. Joh. Fischer einmal zur Ordnung gerufen worden.

Abg. Stooh (SS.) erklärte, daß seine Partei die Notverordnungen als solche nicht ablehne. Besonders begrüße seine Partei die Herabsetzung der hohen Waldbewirtschaftungsbeiträge und die Hinausschiebung des achten Schuljahres. Lehne aber die Schlachtsteuer ganz entschieden ab und verlange die Zurückziehung der Schlachtsteuerordnung. Dafür schlage seine Partei eine Herabsetzung des Gesamtpersonalaufwands vor, der in Württemberg im Jahre 1914 48 Millionen RM. betrug, während er sich heute auf 125 Millionen RM. belaufe. Die Beamtengehälter müßten durchweg gekürzt werden. Das Land könne einen solchen Apparat einfach nicht mehr bezahlen. Wie viel Privatangehörige, die die gleiche Vorbildung haben wie die Beamten, hätten lange nicht den Gehalt des Beamten, der zudem noch besonders gefördert sei.

Abg. Dr. Mauche (Dem.) verlangte raschste Staatshilfe für die Gemeinden von Schweningen und Schramberg, sowie den Abbau aller Handelssteuern und besonders der Zollmauern. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Kling (Chr.V.) wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Nationalsozialistische Anträge auf Herabsetzung der Höchstgehälter

Stuttgart, 12. Okt. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Landtag einen Initiativbeschluss über die zeitweilige Herabsetzung der Höchstgehälter eingebracht. Daraus ist folgendes hervorzuheben: Es werden die letzten Gehälter herabgesetzt bei den Ministern auf 12 000, bei den Ministerialdirektoren auf 10 800, bei den Beamten der Besoldungsgruppe C. 3 auf 8500, die Gehälter der ordentlichen Hochschulprofessoren auf 8500, die Gehälter der Ministerialräte auf 8800, die der Oberregierungsräte auf 8300 RM. herabgesetzt, ferner die Dienstaufwandsentschädigungen der Minister auf 2000 RM., die der württ. Gesandten in Berlin auf 4000 RM. und die der württ. Reichsratsbevollmächtigten in Berlin auf 1600 RM. Die Dienstaufwandsentschädigung des württ. Gesandten in München wird gestrichen.

„Haarglanz“ gibt dem Haare Glanz! Das durch Nachspülen mit „Haarglanz“ gestrahlte, von den Alkaliresten des Waschnittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die auffallende Spezial-Sorte!

Die Ministerialräte dürfen künftig 30 RM. nicht übersteigen. Auch die hohen und höchsten Gehälter der Körperschaftsbeamten, die den von der Gehaltsberabsetzung betroffenen Staatsbeamten vergleichbar sind, sind in entsprechender Weise zeitweilig herabzusetzen. Die Herabsetzung der Besätze soll vom 1. November 1932 ab durchgeführt werden.

Bauernbundsantrag auf Änderung der Besoldungsordnung

Stuttgart, 12. Okt. Die Abgeordneten des Bauernbunds haben im Landtag folgenden Antrag gestellt: Das Staatsministerium zu eruchen, alsbald im Benehmen mit dem Reich eine Änderung der Besoldungsordnung vorzunehmen die die notwendige Anpassung an die heutigen Zeitverhältnisse bringt und 1. die Ministergehälter auf 12 000 RM. festsetzt; 2. die Gehälter der Beamten dementsprechend abstuft, wobei auf die Erhaltung der Lebensmöglichkeit bei den unteren und mittleren Gruppen Rücksicht zu nehmen ist; 3. die Höchstgrenze für die Ruhegehälter auf 8000 RM. festsetzt; 4. Lohnneinkommen bei pensionierten und auf Wartegeld gesetzten Beamten, das den Betrag von 300 RM. im Monat übersteigt, ganz oder teilweise auf das Ruhegehalt bzw. Wartegeld anzurechnen ermöglicht.

Weitere Verschlechterung der Beamtenbesoldung in Württemberg

Stuttgart, 12. Okt. Man schreibt uns: Wie in einigen anderen Ländern, beschäftigt auch die württembergische Regierung neben den schon wiederholt vorgenommenen Herabsetzungen der Dienst- und Versorgungsbezüge dem Beamtenstand durch Einführung des sogenannten Kollsystems eine weitere Verschlechterung der Beamtenbesoldungs- und Versorgungsverhältnisse vorzunehmen. Durch Erlaß des württembergischen Finanzministeriums an die staatlichen Besoldungsstellen sind diese angewiesen worden, die Auszahlung der Gehaltssätze für die zweite Monatshälfte statt am 15. des Monats vorzunehmen, diese jeweils für einige Tage und zwar beginnend mit dem 17. Oktober d. J. weiterhin auf den 12. November, 20. Dezember, 24. Januar, 28. Februar und 31. März 1933 hinauszurücken. Auf diese Weise soll bis zu dem letztgenannten Termin ein halber Monatsgehalt eingepart, d. h. der Beamtenstand gekürzt werden. Das ist gegenüber den wiederholten Versicherungen der Regierung, daß weitere Verschlechterungen der Gehalts- und Versorgungsbezüge nicht stattfinden sollen, im Endeffekt eine neue Gehaltskürzung von 4 Prozent. Gegen diese abermalige Benachteiligung der Beamten hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in einer an das Württ. Staatsministerium und den Württ. Landtag gerichteten Eingabe Einspruch erhoben. Schon die stattgefundenen Gehaltskürzungen haben die Beamtenstand genötigt, Bank- und Sparkassentribute zur Erfüllung der unter günstigeren Besoldungsverhältnissen eingegangenen Verpflichtungen in Anspruch zu nehmen, die einzuhalten viele durch das Vorgehen des Württ. Finanzministeriums außerstande sein werden. Die hieraus entstehenden Folgen sind unabsehbar. Es ist deshalb dringend zu fordern, daß die verfügte Maßnahme des württ. Finanzministeriums alsbald rückgängig gemacht wird.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichstanzler von Papen und das deutsche Handwerk. Reichstanzler von Papen beschäftigt sich auf der am 24. Oktober in Berlin stattfindenden Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerkes über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerkes zu äußern. Wie verlautet, soll die Kanzlerrede auf alle deutschen Sender übertragen werden.

Schnellzug Paris-Basel entgleist. Der Schnellzug Paris-Basel ist am Dienstag aus bisher noch nicht festgestellten Gründen in Billepatour bei Grey entgleist. Es sind sechzehn Personen verletzt worden, Der Zug fuhr mit 110-Stundenkilometer-Geschwindigkeit, als die Lokomotive aus den Schienen sprang.

Aus dem Gerichtssaal

Freudenstadt, 12. Oktober. (Gewohnheitsdieb und Gelegenheitsdieb.) Der 21jäh. Einbrecher, der sich so intensiv seit letzten Dezember in Baiersbrunn und Freudenstadt betätigt hat, wurde schon gestern vom Schöffengericht Freudenstadt abgeurteilt. Sowohl der Staatsanwalt wie auch das Schöffengericht verurteilten gestern Brände mildernde Umstände: das Urteil lautete wegen eines fortgesetzten Verbrechens des erkrankten Einbruchdiebstahls 3 J. des Schmelzle, wegen des gleichen Delikts 2 J. des Stod und wegen zweier Vergehen des einfachen Diebstahls gegen ihn als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher auf insgesamt drei Jahre Zuchthaus, nachdem der Staatsanwalt drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus beantragt hatte. Sein Freund wurde wegen fortgesetzten Verbrechens der Hehlerei im Fall Schmelzle und Stod unter nachmaliger Zustimmung mildernder Umstände (er wurde als Verführer und als Gelegenheitsverbrecher angesehen) zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt gegen ihn zwei Jahre Gefängnis beantragt hatte. Beiden Angeklagten wurden außerdem wegen der bei ihren Verbrechen bewiesenen christlosen Gesinnung die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Selbstverständlich haben sie auch noch miteinander die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Börse vom 12. Okt. Die Borsenrede in München wurde im allgemeinen recht günstig aufgenommen. Aber schon Vormittags war unter dem Eindruck einer innerpolitischen Entspannung und auf Grund der Erholung, die sich an der gestrigen New Yorker Börse durchsetzen konnte, eine freundlichere Stimmung festzustellen. Auch die stetigere Haltung der Warenmärkte wirkte ebenso wie die andauernd günstigen Berichte aus der Kontinentalwirtschaft beruhigend. Das Publikumsinteresse veränderte sich besonders für Sozialwerte. Auch im Verkauf blieb die Tendenz freundlich, und eine ganze Reihe von Aktien erzielten weitere Verbesserungen bis zu 0,5 Prozent, wobei anregte, daß die deutschen Werte aus dem Auslande heute gleichfalls besser genannt wurden. Stärker gesteigert waren die Deutschen Anleihen, die Altbesitzer heute ihre Erholung um 1,75 Prozent ford. Die Neubesitzer anleihe war um 20 Prozent gebessert. Auch Reichsschuldverschreibungen hatten lebhafteres Geschäft und waren erneut um 0,5 Prozent an für späte Fälligkeiten auf 65,5 Prozent an. Indus-trieobligationen und die übrigen Gebiete des festverzinslichen

Wartes lagen vernachlässigt. Die Situation am Geldmarkt blieb unverändert leicht.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 12. Okt. Weizen märk. 199 bis 201, Roggen märk. 156-158, Brauereierle 175-185, Futter- und Industrieerle 167-174, Hafer märk. 134-139, Weizenmehl 25 bis 25.25, Roggenmehl 20.20-22.70, Weizenkleie 9.40-9.75, Roggenkleie 8.40-8.90, Viktoriaerbsen 23-26, kleine Speiseerbsen 20-23, Futtererbsen 14-17 RM. Allgemeine Tendenz: flau.

Serrenberg, 12. Oktober. (Obstmart.) Zuführt waren 30 Ztr. Tafeläpfel, 15 Ztr. Tafelbirnen, 100 Ztr. Mostäpfel, 150 Ztr. Mostbirnen, 45 Ztr. Zwetschgen, 2 Ztr. Nüsse und 1 Ztr. Quitten. Erlöst wurde für Tafeläpfel 10-15 M., Wirtschaftsbirnen 8-10 M., Tafelbirnen 12-18 M., Mostäpfel 6-6.30 M., Mostbirnen 4.50-5.00 M., Zwetschgen 15-15 M., Nüsse 25 bis 30 M. und Quitten 20 M. pro Ztr.

Hundfunk

Freitag, 14. Okt.: 8 Uhr Gemischt, von 10 bis 13.30 Uhr Schulkollegen Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Englischer Sprachunterricht, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.25 Uhr Vortrag: Die französische Kulturpolitik im Ausland, 18.50 Uhr Vortragsvortrag: Wen darf ich beiraten? 19.15 Uhr Zeit, Heberich über die Hauptveranstaltungen der kommenden Woche in Esperanto 19.30 Uhr Bolalalko-Konzert, 20 Uhr 50-Jahrfeier der Deutschen Kolonialgesellschaft, 21.05 Uhr Der Totenor von Adam, 22.20 Uhr Zeit, Sportvorbereitung, 22.45 Uhr Konzert.

Letzte Nachrichten

Spinale Kinderlähmung in Göttingen-Stadt und Land Göttingen, 13. Oktober. Im Landkreis Göttingen erkrankten neuerdings drei Kinder, die Mutter eines der Kinder und ein 27-jähriger Landwirt an spinaler Kinderlähmung. Der Landwirt ist der Krankheit erlegen. In Göttingen selbst sind drei Krankheitsfälle zu verzeichnen.

England für gleiches Recht für alle

London, 12. Oktober. Die Teilnehmer am Kongress des Internationalen Journalistenverbandes wurden nach der Eröffnungssitzung von Sir John Simon im Foreign Office empfangen. Sir John Simon hielt eine Ansprache, in der er u. a. zum Abrüstungsproblem Stellung nahm. Er erklärte, England trete nicht als Freund eines einzelnen Staates auf. Die moderne Außenpolitik bestehe in einem kameradschaftlichen Zusammenarbeiten der Nationen. England bemühe sich ehrlich, allen Staaten gegenüber eine offene Politik zu betreiben. Es sei dabei von dem tiefen und aufrichtigen Wunsche befeuert, die Abrüstung als eines der besten Mittel, den internationalen Frieden zu festigen, aktiv zu fördern, und habe die feste Absicht, allen Nationen das gleiche Recht zu sichern.

Generalfreitag der Besseren Gewerkschaften. Bessert, 13. Oktober. Der Gewerkschaftsrat beschloß heute nacht, die Gewerkschaften der Stadt zur Organisation

eines Generalfreitags als Zeichen der Sympathie mit den Arbeitslosen auszurufen. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Gewerkschaften diesem Vorschlag zustimmen werden.

Schorben

Herzogsweiler: Christian Schleg, 62 Jahre alt. Nagold: Albert Häußler, 34 Jahre alt.

Wetter für Freitag

Der Tiefdruck über der Nordsee hat sich abgeschwächt. Bei steigendem Barometer ist für Freitag zeitweilig aufhebendes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Druck der W. Rieter'schen Buchdruckerei, Inh. L. Paul, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

Spielberg.

Der hiesigen Feuerwehr sowie dem Führer und der Bedienung der herbeigerufenen Motorspritze von Nagold sprechen wir für ihre tatkräftigen Bemühungen gegen ein Uebergreifen des Brandes der vergangenen Nacht auf unsere Anwesen, unseren

herzlichen Dank aus.

Familie Matthäus Kalmbach, Strohenwart. Familie Friedrich Steeb, Kolonialwarenhandlung.

Nagold.

Todes-Anzeige.



Tieferschüttert bringen wir die schmerzliche Nachricht, daß gestern früh 9¹/₂ Uhr unser innigstgeliebter Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager

Hermann Lutz

Schreinermeister und Wirt

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren unserer lieben Mutter in die ewige Heimat nachgefolgt ist.

In tiefer Trauer
im Namen der Hinterbliebenen
die Töchter:
Emilie, Hermine und Marta.

Beerdigung Freitag nachmittag 3 Uhr.

Am Samstag, den 15. Oktober 1932 findet in Altensteig im Gasthaus zum „Schwanen“ abends 8 Uhr am Sonntag, den 16. Oktober 1932 in Eßhausen im Gasthaus zum „Waldborn“, nachmittags 4 Uhr ein

Vortrag

der **Baupartei Schwabentreu Aktiengesellschaft** in Stuttgart, Replerstraße 28

statt.

Thema:

„Wie komme ich mit geringem Eigenkapital trotz wirtschaftlich schlechter Zeit zu einem Eigenheim und wie erhalte ich eine unkündbare Tilgungshypothek zu jährlich etwa 1¹/₂% Unkosten bezw. Zinsen?“

In dem Vortrag werden Modelle und Pläne von schlüsselfertigen Ein- und Mehrfamilienhäusern zu Festpreisen gezeigt. Hausbesitzer und Mieter, Kauf- und Bauwünsche sind freundlichst eingeladen.

Altensteig.



Jagdpatronen

Marke Wolf und Waldmannshell
aus frischen Sendungen empfiehlt
bei billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Inhaber
Eugen Beck.

Stärkt eure Kaufkraft

Werdet Mitglieder

der Konsumgenossenschaften!

Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend

e. G. m. b. H.



- GEG-BLEICHSODA**
macht Brunnen- und Leitungswasser weich und damit schaumkräftig. Paket 12 Pfg.
- GEG-FAMOS**
hat den Ehrgeiz und die Fähigkeit, jede Wäsche selbst zu reinigen. „Famos“ muß aber kalt angerührt und mit der Wäsche gekocht werden. Paket groß 60 Pfg.
Paket klein 32 Pfg.
- GEG-SEIFENFLOCKEN**
für zarteste Gewebe und bunte Feinwäsche. Vorher Echtheit der Farbe an einem Zipfel prüfen, Farbe aufrichten mit etwas Speisesalz! Paket 25 Pfg.
- GEG-NITOR**
Hochprozentige Fettseife in Pulverform, höchst sparsam, sofort Schaumbergel! Paket kl. 35 Pfg.
- GEG-KERNSEIFE**
beim Einweichen der Wäsche für besonders schmutzige Stellen (Kragenbündchen usw.) Paket 25 Pfg.
- GEG-SOLEX**
ersetzt als völlig unschädliches Bleichmittel die unbeständige und mühevollen Rasenbleiche. Paket 16 Pfg.
- GEG-PRESSANTSEIFE**
löst Fett, Öl und Teer aus der Berufswäsche. Diese entsteht der Waschlauge wie neu! Paket 32 Pfg.
- GEG-RINU**
reinigt Tafelgeschirr, Töpfe und Pfannen im Nu von Fett- und Speiseresten, Elmer von fettigem Schmutz usw. Paket 18 Pfg.
- GEG-AMO**
ist unentbehrlich als Putz- und Scheuerpulver für Küchengeschirr und Hausrat. Dose 18 Pfg.
Paket 12 Pfg.

Auf alle Waren Rückvergütung. Verkauf nur an Mitglieder. Erhältlich im **Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend e. G. m. b. H.**

Farben und Lacke jeder Art

sowie Mattierungen, Polituren und sämtliche Fußbodenpflegemittel

kauft Industrie, Gewerbe und Privat am besten im

NAGOLDER FARBENHAUS

Telefon 4 K. Ungerer Telefon 4

Altensteig

Fisch eingetroffen:



Schellfisch ohne Kopf
Cabliaufilet
Goldbarschfilet
bei

Ehr. Burghard jr.

Altensteig

Osram-Lampen

Sicherungen

empfiehlt

Heinrich Müller
Flaschnerei und Install.-Geschäft
Telefon 26.

Autobusfahrt

nach Stuttgart

Samstag den 15. Okt.
Dienstag den 18. Okt.
Abfahrt 7 Uhr
Fahrpreis M. 4.50

Anmeldungen bei
Auto-Halle, Telefon 121.

Rollenpapiere

(Einwickelpapier)
für Rollen-Abreib-
Apparate
empfiehlt die

Buchhandlung Laak

Altensteig und Nagold

Einen Wurf schöne, ans
Fressen gewöhnte, verschnittene

Milch- Schweine



verkauft Samstag mittag
Fritz Rentschler
Simmersfeld.

Auch in dieser schlechten Zeit
gibt's noch eine Möglichkeit!



Nochmals: 100 Schlussräumen zu je 3.000 Mk. = 300.000 Mk.

Bar-Geld in Müssen auch für Sie
Durch die **Staat-Lotterie**
4,5% aller Lose gewinnen
Kontingenz-Lotterie 2 bis 22. Okt.
240.000 Gewinne mit über 1000

114	000000
2	000000
1	000000
4	zu 500000
2	zu 300000
2	zu 200000
12	zu 100000

Loseverlosung am 22. Okt. 1932
Bestellen Sie sofort alle Lose bei
Stöckle, Cannstatt
Postfach 100, Stuttgart 1, 34. 1932
Autoschlussschein Stuttgart 6153
www.stoekle.de

